

Leistbares Wohnen

Studenten sollen Wohnungen planen

GAMPRIN-BENDERN Das Projekt «Leistbarer Wohnraum» für junge Familien in Gamprin-Bendern kommt voran. Ab Februar 2016 soll Bachelorstudenten der Universität Liechtenstein im Rahmen eines Semesterprojektes räumliche Konzepte zur Gestaltung, Bewirtschaftung und Nutzung von künftigem Wohnangebot erarbeiten. Dabei sollen 10 bis 15 Entwürfe entstehen, die Umsetzungsmöglichkeiten in der Gemeinde aufzeigen sollen. Der entsprechende Plan wurde von Manfred Batliner und Rainer Gopp von der Sano Management AG in der Gemeinderatssitzung vom 30. September 2015 vorgestellt und einstimmig angenommen. Die Kosten für das Semesterprojekt sollen sich laut Gemeinderatsprotokoll auf 36 000 Franken belaufen. (pd/alb)

Angestellte angezeigt

Bewohner von Altersheimen beklaut

VADUZ/SCHAAN Wie die Landespolizei am Dienstag mitteilte, habe eine Angestellte über Monate hinweg Bewohner in Altersheimen bestohlen. Dem 19-jährigen Lehrling konnten



Der Vermögensschaden beträgt über 1000 Franken. (Symbolfoto: Shutterstock)

über ein Dutzend Diebstähle bei mehreren betroffenen Personen in den Altersheimen in Vaduz und Schaan nachgewiesen werden. Laut Landespolizei entstand ein Vermögensschaden von über tausend Franken. Die junge Frau wird bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. (lpfl/red)

Infos und Einblicke

Neue Homepage des Landesgefängnisses

VADUZ Seit einigen Wochen ist die neue Webseite des Landesgefängnisses in Vaduz online, informierte die Landespolizei am Dienstag mit einer Aussendung. Die Seite www.landesgefängnis.li gebe einen Einblick in das Gefängnis und den Strafvollzug in Liechtenstein und biete nützliche Informationen für Insassen sowie Besucher. In einem Onlineshop besteht die Möglichkeit, durch Häftlinge selbst gefertigte Produkte zu erwerben oder kleinere Arbeiten direkt in Auftrag zu geben. (lpfl/red)

«Die schnelle und deutliche Reaktion der Regierung war sehr wichtig»

Pranger abgelegt Die «schwarze Liste» der EU zu Ländern, welche sich in Steuerfragen nicht kooperativ zeigen, gehört nach vier Monaten endlich der Vergangenheit an - dies aufgrund der beharrlichen Kritik Liechtensteins und seinen Partnern.

Schwarze EU-Liste: Liechtenstein weist Vorwürfe zurück

Am Pranger Im Kampf gegen Steuervermeidung hat die EU-Kommission gestern eine Liste mit 30 «Steuerparadiesen» veröffentlicht. Liechtenstein reagiert empört über den Eintrag. VON DANIELA FRITZ schon sehr weit fortgeschrittenen Verhandlungen und Gespräche mit der EU über die Umsetzung des autonomen Informationsaustausches und über einen weiteren Dialog zu Themen der Unternehmensbesteuerung betrachtet Liechtenstein die Nennung auf der EU-Liste als «völlig ungerechtfertigt». Dies bekräftigt auch der Regierungschef, «Das ist völlig ungerechtfertigt, wir haben unsere Aufgaben gemacht».



Schwarze Liste: Regierungschef fordert von EU-Kommissar Erklärung

Sauber Ob Regierungschef Adrian Hasler, EU-Botschafter Kurt Jäger, Bankenverband oder Treuhandkammer vom Vorgehen der EU-Kommission sehr irritiert und hoffen, dass Liechtenstein rasch von der schwarzen Liste entfernt werden kann. VON MICHAEL BEVENEIT Das Liechtenstein seit Mittwoch wieder auf einer schwarzen Liste unmässlicher Steuerparadiesen aufgeführt, kam nicht nur für die Regierung in Vaduz völlig überraschend, offenbar waren auch die EU-Mitgliedsstaaten vom Vorgehen der EU-Kommission nicht informiert. «Aufgrund der bisherigen Rückmeldungen können wir feststellen, dass die EU-Staaten ebenfalls über das Vorgehen der EU-Kommission informiert sind und die Auflistung Liechtensteins nicht nachvollziehbar können», führt Regierungschef Adrian Hasler im «Volksblatt»-Interview aus. Die Regierung werde sich nun direkt an den zuständigen EU-Kommissar Pierre Moscovici wenden und eine Klärung der Angelegenheit einfordern, betont Hasler.

Expertin zur EU-Liste: «Konnte wesentlichen Schaden vermeiden»

Erfolg Die EU hat ihre Auflistung von «Steuerparadiesen» gelöst: Heimliche Finanzexperten wundert dieses Vorgehen nicht, das Handeln der EU sei «grotesk» gewesen. VON DANIELA FRITZ Bis vor wenigen Tagen zählte Liechtenstein laut einer «schwarzen Liste» der EU zu jenen 30 Staaten, die sich in Steuerfragen unkooperativ zeigen - mittlerweile wurde diese auch mehreren Interventionen der Regierung gelöscht. «Die Verantwortlichen in der EU mussten einsehen, wie grotesk das Vorgehen war», kommentiert Prinz Michael, Stiftungsratspräsident des Thinktanks European Center of Austrian Economics Foundation (ECAEF), auf «Volksblatt»-Anfrage das Einleiten des Staatenbundes. «Entfernung sei überfällig gewesen» Die Liste habe keinen Aussagekraft oder Berechtigung gehabt, findet auch Ivo Elkuch, Geschäftsführer der Liechtensteinischen Treuhandkammer. Dessen Entzifferung sei überfällig gewesen. Er weist jedoch darauf hin, dass Liechtenstein auf der Website der EU-Kommission weiterhin von einzelnen Staaten «als Steuerparadies» gelistet wird. Dies sei nicht gerechtfertigt, da Liechtenstein im neutralen Bereich verantwortungsvoll gehandelt. Er hofft, dass diese Botschaft spätestens mit dem Abkommen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) auch in den entlegenen Gefilden der EU ankommte. Diese Website ist auch Katja Gey, Leiterin der Stabsstelle für Internationale Finanzplatztagungen, bekannt. Die aufgeführten Informationen über Liechtenstein seien zwar korrekt, der Mehrwert dieser Darstellung sei aber nicht ganz klar. «Ob sie in dieser oder anderer Form erhalten bleibt, wird sich in ein paar Monaten zeigen», informiert Gey - wohl ebenfalls im Hinblick auf das Abkommen, das im Oktober/Januar in erster Lesung behandelt wurde. Dass die EU-Liste der Reputation Liechtensteins geschadet hat, glaubt Gey aber nicht. «Die Liste ist ein wertvolles Informationsinstrument, das die Transparenz erhöht», findet sie. «Ein gewisses Risiko besteht, dass die Liste zu Unrecht als Stigmatisierung empfunden wird, was wiederum zu einer Verschärfung der Auflistung führen könnte», warnt sie. «Die Liste ist ein wertvolles Informationsinstrument, das die Transparenz erhöht», findet sie. «Ein gewisses Risiko besteht, dass die Liste zu Unrecht als Stigmatisierung empfunden wird, was wiederum zu einer Verschärfung der Auflistung führen könnte», warnt sie.

Die «schwarze Liste» der EU zierte die Titelseite des «Volksblatts» schon öfters - etwa am 18. und 19. Juni sowie heute zum hoffentlich letzten Mal. (Faksimiles: VB)

VON HANNES MATT

Nach dem Entscheid der EU-Kommission, die stark kritisierte «schwarze Liste» zu entfernen, sind die Meinungen einhellig - zumindest, dass ein solcher Schritt längst an der Zeit war. Vom Liechtensteinischen Bankenverband heisst es etwa: «Wir begrüßen die von der EU-Kommission vorgenommenen Korrekturen. In Anbetracht der in Liechtenstein in den vergangenen Jahren getroffenen Massnahmen war dieser Schritt aber auch nicht mehr als folgerichtig», wie Geschäftsführer Simon Tribelhorn auf «Volksblatt»-Anfrage ausführt. «Die schnelle und deutliche Reaktion und die Interventionen seitens der Regierung und der Behörden waren sehr wichtig. Hier hat sicherlich auch das über die vergangenen Jahre u. a. von der SIFA mit der OECD, aber auch anderen Ländern aufgebaute Vertrauensverhältnis enorm geholfen.»

«Das Vertrauensverhältnis zur OECD und anderen Ländern hat enorm geholfen.»

SIMON TRIBELHORN BANKENVERBAND

Teil heftige Kritik geäussert. «Insgesamt hat sich damit gezeigt, dass Liechtenstein mit beharrlichen und zielgerichteten Interventionen auf allen massgeblichen Ebenen bei der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten das gewünschte Ziel erreichen kann.» Auch Prinz Michael, Stiftungsratspräsident des Thinktanks European Center of Austrian Economics Foundation (ECAEF), findet, dass Liechtenstein erfolgreich war: «Die Verantwortlichen in der EU mussten einsehen, wie grotesk das Vorgehen war. Sicher musste sich Liechtenstein bemühen, da die EU wahrscheinlich nicht von selber aktiv geworden wäre.» Bedenklich sei aber weiterhin, dass diese Liste erstellt wurde und noch bedenklicher die Tatsache, dass diese nicht sofort entfernt wurde. «Wahrscheinlich diente es dem Wunsch, von eigenen Fehlleistungen abzulenken. In jedem Fall wirft es kein gutes Licht auf die Professionalität der Personen, die dies bei der EU zu verantworten haben», so seine Kritik.

Kritik kam auch von einer Reihe EU-Mitgliedsstaaten

Das sieht auch die Stabsstelle für Internationale Finanzplatztagungen (SIFA) so: «Die EU-Kommission hat damit eine richtige und wichtige Korrektur vorgenommen. Damit hat sie der berechtigten und deutlichen Kritik Liechtensteins entsprochen und ist letztlich unseren Argumenten gefolgt», so Stabsstellenleiterin Katja Gey. «Die EU-Kommission hatte ja schon zwei Tage nach Veröffentlichung ihrer Liste und der scharfen Reaktion Liechtensteins eine Relativierung vorgenommen und klargestellt, dass Liechtenstein als kooperativer Partner angesehen wird.» Auch die OECD und das Global Forum sowie eine ganze Reihe von EU-Mitgliedsstaaten hätten zum

reich in der Welt aus Sicht der EU-Staaten» statt «Liste der unkooperativen Jurisdiktionen» stelle aber eine wesentliche Verbesserung dar. Allerdings sei die Listung Liechtensteins durch einzelne Staaten auf der erneuerten Seite nach wie vor nicht gerechtfertigt. «Liechtenstein handelt verantwortungsvoll im steuerlichen Bereich. Es ist zu hoffen, dass diese Botschaft spätestens mit der voraussichtlichen Inkraftsetzung des Abkommens mit der EU über den automatischen Informationsaustausch (AIA) am 1. Januar 2016 auch in den entlegeneren Gefilden der EU ankommt», so Elkuch.

Für Katja Gey sind die auf der Webseite aufgeführten Informationen zwar korrekt, «welchen Nutzen oder welchen Mehrwert diese Darstellung haben soll, ist nicht ganz klar und ob sie in dieser oder anderer Form erhalten bleibt, wird sich in ein paar Monaten zeigen».

Wie gross ist nun der Schaden?

Und welche Folgen hatte die «schwarze Liste» mit ihrer viermonatigen Internetpräsenz? Katja Gey antwortet: «Ich glaube, dass es uns dank der raschen und deutlichen Interventionen und auch dank der kritischen Berichterstattung zum Vorgehen der EU in den Medien gelungen ist, wesentlichen Schaden zu vermeiden. Liechtenstein wird als glaubwürdiger, verlässlicher und kooperativer Partner angesehen.» Anders sieht es Ivo Elkuch, welcher die Frage, ob Liechtenstein und das Treuhandwesen Schaden genommen hätte, mit Ja beantwortet: «Obwohl die Liste nichtssagend und willkürlich war und ist, hat diese

«Es wurde versucht, ein Klischee von Liechtenstein zu zementieren.»

PRINZ MICHAEL ECAEF

holbedarf ist in den wenigen in öffentlichen Statistiken und bei internationalen Gremien über Liechtenstein vorhandenen Daten zu orten. Schliesslich wurde nochmals deutlich, dass das Netz an Doppelbesteuerungsabkommen unbedingt weiter auszubauen ist.»

«Die Anerkennung als steuerkonformer Finanzplatz wird wesentlich erschwert.»

IVO ELKUCH TREUHANDKAMMER

«Ständig wiederholte Klischees» Das sieht auch Prinz Michael ähnlich: «Das Problem ist der Eindruck, den es macht. Und leider ist es bekannt, dass wenn eine Lüge oft genug wiederholt wird, diese in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer Tatsache wird.» Und er ergänzt: «Ich glaube, dass Liechtenstein eine gute Reputation hatte und hat. Die Frage ist auch immer, welche Reputation man bei wem hat. Leider wurden Klischees der Steuervermeidung am Finanzplatz ständig wiederholt.» Ein gewisser Schaden wurde wahrscheinlich durch diese Liste verursacht, da dadurch erneut versucht wurde, ein Klischee von Liechtenstein zu zementieren. Liechtenstein brauche ein nach vorne gerichtetes Standortmarketing, das die grossen Leistungen des Landes in verschiedenen Bereichen herausstellt.

Regierungschef Adrian Hasler im Gespräch: «Inhalte der Regierungsarbeit» – Einblick und Ausblick Moderation: Petra J. Matt, Radio Liechtenstein Ort: Rathaussaal, Vaduz Zeit: 18.00 Uhr Datum: 14. Oktober 2015 Anmeldungen erwünscht unter: veranstaltung@regierung.li oder tel. +423 236 60 07 zuhören. beteiligen. anpacken.